

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2—3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Das Baugewerbe vor dem Zusammenbruch?

Völlig unzulängliche Beschlüsse des Reichstagsausschusses

Bekanntlich ist der Wohnungsausschuss des Reichstages zurzeit damit beschäftigt, einen Entwurf zur Abänderung des Wohnungsabgabegesetzes auszuarbeiten und gleichzeitig damit ein Wohnungsbauprogramm für die nächsten Jahre, insbesondere für das Baujahr 1923, aufzustellen. Von vornherein sei mit aller Deutlichkeit erklärt, daß das bisherige Ergebnis der Beratungen — namentlich in der wichtigsten und grundlegenden Frage der Höhe der Abgabe — in keiner Weise zu befriedigen vermag.

Ungeachtet der beispiellosen Erhöhung der Baustoffe, die sich heute für eine kleine Wohnung auf 1½—2 Millionen Mark belaufen, und die in erster Linie auf den horrenden Baustoffwucher zurückzuführen sind, war von der Regierung der Vorschlag gemacht worden, die Abgabe auf 1500 Prozent des Friedensmietwertes zu bemessen. Dieser Vorschlag wurde von nahezu allen Seiten abgelehnt, da man der Bevölkerung eine derartig hohe Belastung nicht zumuten zu dürfen glaubte. Seitens unseres Kollegen Tremmel wurde dafür der Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterbreitet, der bekanntlich die Erhöhung der Wohnungsabgabe zunächst auf 500 Prozent vorschlägt und dann diesen Satz regelmäßig vierteljährlich weiter steigern will, und zwar in einem solchen Ausmaße, daß mit dem Ertrage im Laufe der nächsten zwei Jahre 120 000 neue Wohnungen errichtet werden können. Diesem Vorschlage gegenüber kamen die Vertreter der Regierung mit dem Einwande, daß eine vierteljährliche Erhöhung aus steuerrechtlichen Gründen nicht durchführbar sei. Damit fiel dieser Vorschlag. Dafür fand ein Antrag Annahme, der eine Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 500 Prozent ohne irgendeine weitere Steigerung in der einzelnen Quartale vorsieht!

Mit diesem Beschlusse hat der Wohnungsausschuss des Reichstages den letzten Nagel in den Sarg der deutschen Wohnungsbauwirtschaft eingeschlagen. In allen einsichtigen Kreisen ist man sich heute darüber klar, daß wir im kommenden Baujahr mit der fast völligen Einstellung der privaten, der industriellen und namentlich der gemeindlichen Bautätigkeit zu rechnen haben. Private und Industrie stehen infolge der riesigen Baustoffen und der außerordentlichen Geldversteigerung fast sämtlich von neuem Bauborhaben ab, die meisten Kommunen stehen unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch, überdies hat kürzlich der Deutsche Städtetag die Aufforderung zur Einstellung der gemeindlichen Bautätigkeit auf der ganzen Linie ergehen lassen. Neben der verhältnismäßig geringen Bautätigkeit einiger Reichsbehörden, namentlich der Post und der Eisenbahn, wird also das deutsche Baugewerbe im kommenden Baujahr allein auf den staatlich bezuschußten Wohnungsbau mit seiner Betätigung angewiesen sein.

Und unter diesen Umständen gedenkt der Deutsche Reichstag eine 500prozentige Wohnungsbaubgabe aufzulegen, aus deren Erträgen im Höchstfalle 30 Milliarden Mark, also die Mittel zur Errichtung von vielleicht 15 000 Wohnungen zu erwarten sind! Geht dieser Beschlusse des Ausschusses durch, so bedeutet das einmal die Bankrotterklärung unserer bisherigen Wohnungsbauwirtschaft, zum anderen aber den Zusammenbruch des deutschen Baugewerbes und Arbeitslosigkeit für Hunderttausende deutscher Bauarbeiter!

Er bedeutet zunächst den Bankrott unserer bisherigen Wohnungsbauwirtschaft, nämlich insofern, als allein schon die Absicht, im Zeitpunkt einer geradezu beispiellosen Wohnungsnot, in einem ganzen Jahre nur 15 000 Woh-

mungen bauen zu wollen, das Elend eben dieser Wohnungsnot zum Ueberlaufen bringen wird. Tausendmal ist es schon erklärt worden, daß wir nur zur Verhütung eines noch größeren Wohnungselendes jährlich 200 000 Wohnungen bauen müssen. Die für das nächste Jahr in Aussicht genommenen 15 000 Wohnungen, bedeuten also nichts anderes, als daß zu dem Zeitpunkte ihrer Fertigstellung die Zahl der Wohnungslosen sich um weitere 185 000 vermehrt haben wird. Eine solche Aussicht muß die Hunderttausende, ja Millionen der heute schon Wohnungslosen einfach zur Verzweiflung treiben.

Zum anderen aber bedeutet der Beschlusse den Zusammenbruch des deutschen Baugewerbes. Die 4—500 000 Menschen, denen das deutsche Hochbaugewerbe in der bisherigen Nachkriegszeit Nahrung und Beschäftigung gewährt hat, müssen bei einem Gesamtauftragsbestand von 15 000 Wohnungsbauten für ein ganzes Jahr zum allergrößten Teile ihre Arbeit und damit ihren Beruf aufgeben. Da die übrigen Gewerbe und Industrien unseres Vaterlandes aber ebenfalls schwersten Krisenzeiten entgegensehen, wird ihnen selbst ein Berufswechsel nichts nützen. Hunderttausende von Bauarbeitern werden auf der Straße liegen und das Meer der Arbeitslosen vergrößern.

Und warum das alles? Sind wir etwa genötigt, die Baustoffe, deren wir zur Errichtung der so dringend nötigen Wohnungen bedürfen, vom Auslande zu beziehen, und fehlen uns die Devisen zu ihrer Bezahlung? Ein Mensch, der die Dinge mit ungetrübtem Auge beschaute, sollte glauben, daß nur dieses der Grund sein könnte. Denn wir haben doch eine ungeheure Wohnungsnot und Hunderttausende von kräftigen und bereitwilligen Armen, die zu ihrer Beseitigung gern ihre Hilfe leisten wollen. Aber der Haken liegt in der Tat bei den Baustoffen, die wir zwar sämtlich im eigenen Lande besitzen, die uns aber gerade so unerreichbar sind, als wenn wir sie vom Auslande mit teuren Devisen beziehen müßten.

Der ausgebeutete, teilweise schamlose Baustoffwucher ist es, der uns die Produkte unserer eigenen Heimat so verteuert, daß eine jede Bautätigkeit fast zur Unmöglichkeit wird. Die Rundholzpreise hat man bereits bis auf 50 000 M und darüber für gewöhnliches Fichtenstammholz hinaufgetrieben, das bedeutet einen späteren Preis von 100 000 M für den Festmeter Bauholz und gleichzeitig eine 300fache Verteuerung gegenüber den Friedenspreisen! Gewöhnliche Hintermauerungssteine werden bereits zu Preisen um 25 000 Mark herum für das Tausend gehandelt! Das ist eine Steigerung um das 125fache! Auf die angeblichen Kleinhandels-„Höchstpreise“ für Zement werden von den Händlern in aller Gemütslichkeit Extraaufschläge bis zu 100 Prozent aufgelegt — und so geht es weiter, beim Kalk, beim Glas, bei der Dachpappe, bei den Baubeschlägen usw. Der Wucher mit fast allen Baustoffen feiert seine Orgien.

Wer nun vom Wohnungsausschusse des Reichstages etwa durchgreifende Maßnahmen in dieser Hinsicht erwartet hat, der sieht sich wiederum schwer enttäuscht. Von den Kernstücken unserer Forderungen, von der Durchführung einer Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe, von dem Holzlieferungsverband, finden wir in den Beschlüssen des Ausschusses nichts wieder als ein paar lahme Ansätze, mit denen praktisch kaum etwas anzufangen sein wird.

Man scheint in den maßgebenden Kreisen unseres Vaterlandes selbst heute noch, wo uns die Not bis zum Halse steht, wo in jedem Augenblicke unsere Wirtschaft zusammenbrechen kann, um uns alle mit in den Abgrund zu reißen, man scheint selbst heute noch nicht zu erkennen, daß uns nur ein entschiedenes Zupacken helfen kann.

Den Herren Interessenten, die noch immer unermüdet Himmel und Hölle für die Aufrechterhaltung der „freien Wirtschaft“, das heißt für die

Auspöterung der breiten Schichten, durch ihre Sachwalter in den Parlamenten in Bewegung setzen, muß endlich einmal Halt geboten werden! Zu einem derartigen Vorgehen aber scheint sich weder die Regierung noch die Mehrheit des Parlaments aufraffen zu können. Um so notwendiger ist es, daß die breiten, unter der Wohnungsnot am meisten leidenden Volksschichten ihre Stimme im Sinne einer energischen Förderung des Wohnungsbauwesens erheben. Angesichts der Ohnmacht der Regierung und der immer stärkeren Macht der Interessenten muß das einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Die Spitzenverbände aller deutschen Gewerkschaftsrichtungen haben dem Reichszentralrat angekündigt, angesichts der bevorstehenden Katastrophe unserer Wohnungsbauwirtschaft ihm in den nächsten Tagen eine Reihe von Forderungen und Vorschlägen zu unterbreiten, die sich im wesentlichen auf der Linie des oben Dargelegten bewegen und insbesondere entschiedene Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und den Baustoffwucher fordern. Es wird diesmal nicht angehen, daß sich die Spitzenverbände mit Versprechungen seitens der Regierung abspitzen lassen, sondern sie werden mit größtem Nachdruck darauf bestehen müssen, daß nun endlich gehandelt wird.

Die Situation ist klar. Der Zusammenbruch nicht bloß des Baugewerbes und der Wohnungsbauwirtschaft, sondern der ganzen deutschen Wirtschaft steht vor der Tür. Keinen kann allein noch ein rücksichtsloses und scharfes Zupacken der Regierung auf allen Einzelgebieten. In der Mithilfe der Gewerkschaften soll es hierbei nicht fehlen. Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bewußt. Aller Unvernunft der von blinder Erwerbsgier erfaßten bestehenden Kreise zum Trost sind wir bereit, schwere Opfer auf uns zu nehmen, zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft, zur Weiterexistenz unseres Volkes. Gestützt auf die breiten Massen ist jetzt für die Regierung der letzte Augenblick gekommen, durch tatkräftiges und rücksichtsloses Eingreifen eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Möge sie den Kampf ohne Verzug aufnehmen!

Wir und die Wirtschaft

II

Nachdem ich im ersten Teile unsere wirtschaftliche Grundeinstellung scharfer herausgearbeitet habe, ergibt sich die Frage: Wie sieht, gemessen an diesen unseren Anschauungen, die deutsche Wirtschaft der Gegenwart aus?

Gewiß, es wird noch viel Notwendiges und Nützliches produziert. Für Nahrung, Kleidung, Wohnung und für die wirtschaftlichen Unterlagen der Kulturerhaltung wird noch viel von unserem Volke getan. Das zu verkennen, wäre eine Verkenning der Wirklichkeit. Aber wir sehen doch auch, daß ein erheblicher Teil unserer Volksgenossen mit der Einfuhr, der Herstellung und dem Vertriebe von Dingen beschäftigt ist, die wir als überflüssig und schädlich ansehen müssen. Ich weise hin auf das Alkoholgewerbe, auf die Pinowindustrie, auf die Modebranche, auf das Reklamegewerbe, auf die Tabakindustrie, auf den ganzen Amüsierrummel. In allen diesen Gewerben zusammen dürften in ganz Deutschland mindestens 4 Millionen Menschen als Unternehmer, Angestellte und Arbeiter beschäftigt sein. Sie alle stellen zu etwa vier Fünftel Dinge her und bringen sie in den Konsum, die für die Konsumenten weder notwendig noch nützlich sind. Diese Gewerbe entnehmen der Volkswirtschaft nicht nur beträchtliche Summen, um damit ihre ausländischen Rohstoffe bezahlen zu können, sie entnehmen auch nicht nur der innerdeutschen Wirtschaft erhebliche Mengen von Rohstoffen, sondern ihr hauptsächlichster wirtschaftlicher Nachteil besteht darin, daß sie den Menschen, die in ihnen als Unternehmer, Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, durch den Verdienst, den sie ihnen vermitteln, die Möglichkeit geben, aus der

Volkswirtschaft ihren Unterhalt und zum Teil mehr als diesen, zu entnehmen, während sie auf der anderen Seite durch ihre Tätigkeit nur Ueberflüssiges oder Schädliches in die Volkswirtschaft wieder hineingeben. Alle diese Mängel zerren also mit an unserer ohnehin schon so dünnen volkswirtschaftlichen Decke notwendiger und nützlicher Gegenstände, ohne daß sie in nennenswertem Maße dazu beitragen, diese Decke zu erneuern oder zu verstärken. Von ihnen allen gilt bis auf einen geringen Prozentsatz ihrer Tätigkeit, der aus hygienischen Zwecken oder aus Gründen wahrer Erholung anerkannt werden kann, daselbe, was von den drei Millionen gilt, die für die Ausführung des Friedensvertrages tätig sind: Sie gleichen vom Standpunkte der Erzeugung oder Verteilung oder Erhaltung des Notwendigen und Nützlichen aus gesehen: Arbeitslosen. Unter den Gesichtspunkten der Bedarfsdeckungswirtschaft in unserem Sinne sind sie alle, gewollt oder ungewollt, bemußt oder unbemußt Schmarotzer.

Natürlich wollen sie das nicht gelten lassen, und die Vertreter der liberalen Welt- und Wirtschaftsauffassung haben ein ganzes Register sehr plausible und edel klingender Gründe zur Hand, um den Nachweis zu führen, daß unsere Auffassung falsch sei. Sieht man aber genauer zu, so ergibt sich, daß alle diese Gründe nur Scheingründe sind, angefaßt vom Standpunkte der individualistischen Wirtschaft, und nicht der Gemeinwirtschaft. Es gibt ein untrügliches äußeres Zeichen für die Scheinhaftigkeit aller dieser Gründe. Der Hauptgrund bleibt stets ungenannt: der Profit.

Es muß uns klar sein, daß unsere Wirtschaft ihre Aufgabe nicht zu erfüllen vermag, weil uns von außen her immer wieder große Mengen wirtschaftlichen Blutes abgezapft werden, und weil wir im inneren Organismus unserer Wirtschaft Millionen von Schmarotzern ernähren. Deshalb können wir nicht gedeihen. Was sollen wir tun? Woher sollen wir die notwendigen und nützlichen Produktionen schwerer zur Last liegen als 7-8 Millionen Arbeitslose.

Gewördert wird diese Unwirtschaftlichkeit unserer gegenwärtigen Wirtschaft in hohem Maße durch die dauernde Geldentwertung, denn sie verbietet uns das Sparen in Geldform. So werden Hunderttausende von Menschen dazu getrieben, ihren Verdienst oder einen erheblichen Teil ihres Vermögens nicht nur in Nützlichen, sondern in überflüssigen oder schädlichen Dingen „anzulegen“. Sie vermehren dadurch das Schmarotkertum selbst.

Auf der anderen Seite sehen wir aber im Gebiete der notwendigen und nützlichen Produktion, daß hier längst nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt werden. Durch Verkümmern der Unternehmungen einerseits und der Arbeitskraft andererseits ist der auch die Produktion des Notwendigen und Nützlichen nachteilige Faktor der liberalen Wirtschaft in Begleit gekommen: die freie Konkurrenz. Dieser Begleit der freien Konkurrenz ist an sich kein Unglück, aber soziales Unheil, inwiefern er die Freiheit unserer Gedanken, wenn ein Ertrag in unserem Sinne an ihre Stelle getreten wäre: die vernünftig regierte Wirtschaft. Das ist aber leider nicht der Fall. Und so sehen wir, daß die Ergiebigkeit unserer Wirtschaft an Notwendigem und Nützlichem nicht nur durch den Friedensvertrag von Versailles und seine Auswirkungen, und nicht nur durch die Schmarotzergewerbe im Innern beeinträchtigt wird, sondern auch dadurch, daß die in notwendiger und nützlicher Tätigkeit beschäftigten und von dem Verdienst, den sie bringt, zehrenden Menschen sie aus Egoismus selbst noch in ihrer Ergiebigkeit begrenzen. Man denke an die tausende und aber tausende faulenzender Existenzen in den staatlichen und privaten Verwaltungen, man denke an die Tausende und aber Tausende, die mit unnützen Reden und Schreiben und Organisieren sich ihren Unterhalt ergattern.

Die Folge von allem ist Verelendung. Es gibt eine offensichtliche und eine geheime Verelendung. Die offensichtliche besteht in dem fortschreitenden Produktionszerfall, der sich darin äußert, daß unsere Landwirtschaft, unsere Verkehrsmittel und Verkehrswege, unsere Fabrikanlagen und unsere Häuser nebst Einrichtungen teils verfallen, teils hinter der notwendigen Entwicklung zurückbleiben. Dieser Zerfall ist so offensichtlich, daß man ihn immer sieht und deshalb meistens übersieht. — Die geheime Verelendung besteht darin, daß Kultur- und Wohlfahrtsanstalten sich einzuschneiden müssen und eingehen, zahlreichere Kulturwerte ins Ausland wandern, daß die Schwierigkeiten der Familiengründung von Tag zu Tag wachsen, daß für die Anziehung von Kindern in hunderttausenden von Familien nicht mehr die einfachsten Mittel zur Verfügung stehen, daß die alten Leute des Arbeiter- und Mittelstandes ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können, daß das soziale Elend des Volkes wirklich Not anheimfallen.

Aber die Geschäftswelt lärmt, die Geschäfte blühen, die Reklamen prahlen, Farbe und Licht

sprechen. Alles Zeichen der Herrschaft des Interessenten.

Was müssen wir tun? Unsere grundsätzliche Einstellung weist uns die Wege. Für uns und unsere Mitglieber müssen wir dafür sorgen, daß wir durch unsere geistige und körperliche Arbeit der Schaffung von notwendigen und nützlichen Dingen dienen und uns der Anpruchnahme überflüssiger und schädlicher Dinge enthalten. Das ist das Nächstliegende.

Ueber diese unsere zuzugewandte persönliche Wirtschaft hinaus müssen wir die gesamte Volkswirtschaft nach unseren Grundsätzen zu gestalten versuchen!

Immer haben wir uns gewehrt, und immer werden wir uns wehren gegen das Anrecht von Versailles. Gewiß, wir wollen die zerstörten Gebiete wieder aufbauen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir wollen nicht die ganze Welt unentgeltlich mit den Erzeugnissen unseres Schweißes versorgen und Not leiden. Wir wollen Garantien dafür haben, daß unsere Lieferungen wirklich dem Wiederaufbau zugute kommen, und wollen verhindern wissen, daß damit Geschäfte gemacht werden. Wir wollen auch das Tempo der Wiederaufbaulieferungen so geordnet wissen, daß aus ihr der deutschen Wirtschaft nicht mehr Schaden erwächst, als bei Anwendung voller Loyalität auf beiden Seiten unbedingt erforderlich ist. Wir sind deshalb mit der Regierung durchaus einig, wenn sie sich gegen die Reparationspolitik, wie sie bisher betrieben wurde, sträubt, ja, wir verlangen von ihr, daß sie ihren Widerstand noch vergrößert gegen alle schädlichen Maßnahmen der Entente. Wir verlangen von ihr, daß sie auf eine Beseitigung der Besatzungen dringt und eine strenge Aufsicht über die privaten Wiederaufbauabkommen führt. Wir sind voll in Not, wir sind belogen und betrogen worden, wir haben nach allen Grundsätzen der Gerechtigkeit ein Anrecht darauf, daß man uns unsere Unabhängigkeit wieder gibt und uns wirtschaftlich zur Erholung kommen läßt.

Wir wollen zweitens verhindern wissen, daß das Ausland uns dauernd auskauft. Da dies privatwirtschaftlich nicht zu verhindern ist, muß die Außenhandelskontrolle verschärft zur Anwendung gebracht werden. Die Ausfuhrabgabe muß jeweils so bemessen werden, daß wir abgewandte Lieferungen nach Möglichkeit entgegen. Der Uberschwemmung Deutschlands durch die Fremden muß durch strenge behördliche Vorschriften schleunigst ein Ende gemacht werden.

Die Einfuhr von überflüssigen und schädlichen Dingen muß unterbunden werden. Auch die Einfuhr von Rohstoffen, die der Herstellung von überflüssigen Dingen und ihrem Konsum im Innern dienen sollen, muß verboten werden.

In unserer Binnenwirtschaft muß eine Umstellung vorgenommen werden. Alle Gewerbe, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von überflüssigen und schädlichen Dingen befassen, müssen nicht nur gedrosselt, sondern erdrückt werden. Die Menschen müssen aus ihnen heraus und nach und nach wirklich produktiver Arbeit zugeführt werden. Unser Baugewerbe und unsere Landwirtschaft können unter Vanzurechnung aller Gewerbe, die mit ihnen zusammenhängen, Millionen von Arbeitskräften aufnehmen. Geschieht das, so werden wir die verkappten Arbeitslosen los und stärken die Produktion an notwendigen und nützlichen Gütern, und dadurch, daß Millionen von Menschen nicht mehr zu Ausgaben für schädliche und unnütze Dinge verleitet werden, wird ihre Kaufkraft für Notwendiges und Nützliches gestärkt.

Den Trusten und Konzernen gegenüber sind keine Maßnahmen zu setzen, die sie zwingen, die Produktion notwendigen und nützlicher Güter zu vermehren. Und die Arbeitnehmerschaft muß sich dazu verstehen, ihre Arbeitskraft in der Produktion und in der Verteilung der notwendigen und nützlichen Güter auszunutzen. In unserem Programm steht der Satz: Niemand darf auf Kosten des Volkes müßig gehen. Das bedeutet auch, daß jeder seine Kräfte nach seinem Können anspannen muß. Der behördliche und private Apparat muß vereinfacht, die Zahl der in ihm Beschäftigten nur Hunderttausende verringert werden, denn auch in ihm führen heute Hunderttausende ein Dohnendasein.

Das Eigentum braucht nicht abgeschafft zu werden, auch das Erbrecht nicht. Was würde es nützen? Auch die Verstaatlichung braucht nicht zu kommen. Was würde in bezug der Vermehrung und nützlichen Gütern in ihr erreicht werden? Was würde es beispielsweise nützen, wenn das ganze Holzgewerbe verstaatlicht würde, aber in demselben Umfang wie bisher aufrechterhalten bliebe? Nichts, außer daß es den Staat noch mehr korumpieren würde. Was recht notwendig ist, ist eine starke Einschränkung der Gewerbefreiheit, nämlich der Freiheit, Arbeitskraft und Material für überflüssige und unnütze Dinge zu verwenden, nur weil damit Profit oder Verdienst erzielt wird, der Freiheit, sich auf Grund dieses Profits

oder Verdienstes von notwendiger und nützlicher Arbeit zu drücken und also in Wahrheit ein angenehmes Leben auf Kosten der arbeitenden Volksgenossen zu führen.

Nur wenn diese Grundsätze durchgeführt werden, hat die Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft an der Gestaltung unseres Wirtschaftslebens wohl und ganz ihren Zweck erreicht. Wir können noch so viel Antriebskräfte haben, ihnen noch so große Befugnisse geben, können noch so viele paritätisch eingerichtete Selbstwirtschaftskörper und Arbeitsgemeinschaften schaffen, können noch so stark im Reichstage vertreten sein und an der Gesetzgebung teilnehmen, können in den Kommunalverwaltungen ausschlaggebenden Einfluß besitzen: dies alles hilft uns lehren Gebendes nichts, wenn es nicht gelingt, eben durch unsere Mitwirkung die Wirtschaft in unserem Sinne umzugestalten. Auch die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft im Staat und Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Ihr Zweck ist die Bessergestaltung der Verhältnisse. Sie dient uns soeben in Gedanken einen gemeinsamen Weg gegangen sind. Wollen wir dieses Ziel aber erreichen, dann müssen wir große Schwierigkeiten überwinden. Weder der Kapitalismus, der von der wirtschaftlichen Willkür der Individuen lebt, noch der Sozialismus, der immer noch seinen mageren „Mehrwert“-Klepper reitet und seine Massen auf irdische Wunsch Erfüllung zu verlocken gezwungen ist, sind uns Freunde, und einen Gegner haben wir auch im eigenen Lager: den Gruppenegoismus. Ich meine aber, diese dreifache Gegnerschaft kann für uns nur ehrenvoll sein und uns in der Auffassung bestärken, daß wir auf dem rechten Wege sind. Drum frisch auf für unsere christlichen Grundsätze, für eine christlich-deutsche Gemeinwirtschaft, für eine christlich-deutsche Kultur! Denn: Entweder gestalten wir die Wirtschaft nach unseren Grundsätzen: dann muß die Vergewaltigung nach außen und das Schmarotkertum im Innern aufhören; dann muß, wie es in unserem Programm steht, die Wirtschaft vereinfacht, das Leben vereinfacht werden. In diesem Falle können wir die Hoffnung haben, unsere wahren Kulturgüter zu erhalten und weiter wahre Kultur zu entfalten.

Oder wir lassen uns treiben: dann wird die Not zunächst unsere Kultur vernichten, dann die Scheinkultur, und erst dann wird die Vereinfachung des Lebens kommen, aber in ganz anderer Form, nämlich als Verödung des Lebens.

Dr. Höhr

Allgemeine Rundschau

Die Bedeutung des Christentums für unsere Kultur

Unsere Kultur ist ohne das Christentum gar nicht verständlich. Dieses Bekenntnis legt der sozialistische Reichsjustizminister Dr. Radbruch ab. Er schreibt: „Eine so gewaltige Geistesmacht wie die Religion kann in der Erziehung auch des künftigen Geschlechtes nicht totgeschwiegen werden — aus Gründen unserer religiösen Vergangenheit sowohl wie aus Gründen unserer religiösen Zukunft...“, denn unsere Kultur ist ohne das Christentum gar nicht verständlich. Eine Jugend, deren Verständnis nicht durch die Religion aufgeschlossen wäre, würde von den besten Gütern unserer Kultur losgerissen, würde von den noch christlich gesinnten Volksgenossen durch eine tiefere Kultur geschieden werden, als sie zum Unheil unserer Nation Protestanten und Katholiken scheidet — wir, die wir alle noch mehr oder weniger religiös erzogen sind, vermögen sie uns gar nicht tief genug vorzustellen.“

Das ist unzweifelhaft richtig. Aber es ist nur die Theorie einiger weniger in der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Praxis wird treffend beleuchtet durch das Borgen der sozialistischen Regierung im Freistaat Sachsen, die dort das Schulgesetz unterlagte und dem Eltern mit Strafmaßnahmen drohte, falls sie ihre Kinder an gesellschaftlich nicht anerkannten kirchlichen Feiertagen vom Schulunterricht fernhalten!

Arbeitszeitverlängerung — Kurzarbeit

Der bekannte rheinische Großindustrielle August Thyssen hat an den Reichskanzler einen Brief gerichtet, in welchem er die unterchiedslose Einführung des Achtstundentages als das Unglücklichste bezeichnet, was uns die Revolution bringen konnte. Arbeitsleistung und Produktion seien gewaltig vermindert worden. Ein Volk könne nicht mehr verbrauchen, als wirklich produziert werde. Gehe es darüber hinaus, so lebe es vom Kapital, wie es bei uns in dem kürzlichendsten Maße geschehe. Dieser Zustand ließe sich nur kurze Zeit aufrechterhalten, dann müsse der Zusammenbruch kommen. Die Arbeitszeit müsse verlängert werden und die dadurch mögliche Hebung des Lebensstandes werde auch bei Arbeitern und Angestellten die frühere Arbeitsfreudigkeit zurückkehren lassen. Kleine Mittel, wie Einfuhrverbote und Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, könnten uns nicht helfen. Wenn die Erzeugung der Industrie steige, werde die der Landwirtschaft automatisch folgen. Die Einführung von Lebensmitteln könne dann eingeschränkt werden. In Frankreich habe man die Aufhebung des Achtstundentages beschlossen und in Belgien sei die Einführung der alten Arbeitszeit im Gange. In Amerika

Bei der Wählstundentag überhaupt nicht eingeführt worden. Daß wir, die wir die Arbeit am allerunvermeidlichsten haben, nicht saunen dürfen, zur alten Arbeitszeit zurückzukehren, sei für ihn eine unumtöbliche Ueberzeugung. Es handle sich um Sein oder Nichtsein. Die Massen des Volkes müssen vor dem vollstündigen Ruhr geschützt werden. Zum Schluß richtet August Thyllen an den Reichstangler den dringenden Appell, sich an die Spitze der Bewegung für die Einführung einer längeren Arbeitszeit zu setzen.

Wie gestalten uns, Herrn Thyllen auf einige Tatsachen aus seinem engeren Wirkungsbereich aufmerksam zu machen, die für das hier in Frage stehende Thema nicht ganz unwesentlich sind. Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz meldet über den Arbeitsmarkt:

„Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen geht weiter zurück und Arbeitsuchende kommen in größerer Zahl zu den Arbeitsnachweiser. Die Entlassung wird durch Kurzarbeit vorbereitet. Betroffen sind wie bisher die Textilindustrie, Konfektion, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, graphisches Gewerbe, Buch- und Tapetendruck, stellenweise sogar die metallverarbeitende Industrie. Da der Rückgang zum größten Teil auf Kapitalnot beruht, sind zunächst die kapital- und kreditschwächeren Betriebe zu Einschränkungen gezwungen. Deshalb bieten die einzelnen Industrien kein einheitliches Bild. Der sehr unruhige Arbeitsmarkt des Baugewerbes wird bittiert von der Einstellung der Bauten, sogar der unfertigen. Ob der vom Reich angekündigte neue „Mineralfonds“ zur Fortführung der begonnenen Bauten Erleichterung bringt, bleibt abzuwarten. Die Konjunktur des Baugewerbes hat sich ebenso schnell verlaufen wie sie gekommen war. Ende Juni wurde die Abwanderung aus Bergbau und Industrie ins Baugewerbe gemeldet. Im Juli übte die Nachfrage des Baugewerbes einen anregenden Einfluß auf den Arbeitsmarkt der Industrie aus und heute muß berichtet werden, daß Bauarbeiter stellenweise in der Industrie Arbeit suchen, was noch nicht auf die frühe Kälte, sondern auf die Kapitalnot zurückzuführen ist. Der Baumarkt steht und fällt mit der Kapitalbildung.“

Die hier angeführten Tatsachen setze man in Beziehung zu der von Herrn Thyllen geforderten schematischen Verlängerung der Arbeitszeit. Die Nutzenanwendung ergibt sich von selbst.

Gereintes und Ungereintes über Bauarbeiterlöhne

„Die Bauarbeiter, eine unserer bestbezahlten Arbeitertkategorien, konnten 1914 für einen Tagesverdienst 8 Pfund Butter kaufen, heute reicht ihr Tagesverdienst gerade hin, um damit 1 1/4 Pfund Butter zu bezahlen. So sehr ist die Kaufkraft der Mark im Inland zurückgegangen. Der Butterkonsum der Bevölkerung ist in den letzten vier Wochen so sehr zurückgegangen, daß als Abnehmer fast nur noch Hotels und Pensionen in Frage kommen. Der Milchverbrauch der Familien, der infolge der Milchknappheit der Sommermonate schon sehr eingeschränkt war, ist seit Juli um fast 30 Prozent zurückgegangen und hat in den letzten Tagen einen weiteren erschreckend hohen Rückgang erfahren.“

So zu lesen in der „Frankfurter Zeitung“ (vom 21. Oktober), die bekanntlich kein Arbeiterblatt ist. Daß es die Wahrheit ist, spürt jeder täglich an eigenen Leibe. Nun aber schreibt die „Germania“ (vom 30. September) folgendes:

„Es dürfte kaum viele Arbeiter geben, die heute Löhne beziehen, die ihnen denselben Lebensunterhalt sichern, wie in der Vorkriegszeit. Bei einigen Arbeitergruppen ist allerdings die Differenz nur mehr sehr gering. Dazu gehören die Bauarbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie usw. Die Wirkung ist bekannt usw. usw.“

Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat sich die Kaufkraft des Lohnes gegenüber der Vorkriegszeit auf weniger als ein Viertel vermindert, nach der „Germania“ ist die Differenz in der gegenwärtigen Lebenshaltung des Bauarbeiters gegenüber der der Friedenszeit „nur mehr sehr gering“. Man ist es längst müde geworden, gegen den hanebüchernen Unsinn, der in der letzteren Behauptung liegt, noch anzukämpfen. Aber die Frage drängt sich auf: Lebt derjenige, der solches schreibt, noch in der Welt der Wirklichkeit oder auf dem — Monde?

Der Beitritt zum Baugewerksbund von den Dachdeckern abgelehnt

Bekanntlich ist der Deutsche Bauarbeiterverband seit Jahren bemüht, alle Kopf- und Handarbeiter des Baugewerbes sowie der Bauhilfsindustrie in einem großen Industrieverbande, genannt „Deutscher Baugewerksbund“, zusammenzuschließen. Da in mehrfachen Verhandlungen zwischen den beteiligten „freien“ Verbänden der Plan seiner Verwirklichung nicht näher gebracht werden konnte, hat der Deutsche Bauarbeiterverband den kürzeren Weg gewählt und sich auf seinem im Mai d. J. stattgefundenem Verbandstage aus eigenem als Deutscher Baugewerksbund erklärt. Er vertraut offenbar der Verheißung des von ihm propagierten Gedankens, die sich allerdings bisher als recht gering erwiesen hat. Eine soeben vorgenommene Abstimmung im „freien“ Dachdeckerverband hat die Ablehnung des Anschlusses an den Baugewerksbund ergeben. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als das Verbandsorgan des Dachdeckerverbandes seit Monaten für die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund eingetreten war und auf mehreren Verbandstagen die Stimmung der Delegierten sich dem Anschlusse günstig zeigte. Von rund 13000 Mitgliedern des Dachdeckerverbandes haben allerdings nur 705 oder 55 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Davon stimmten 3173 für den Anschluß, 3010 dagegen; der Rest der Stimmen war ungültig. Die sozialdemokratische Presse findet es bemerkenswert an

Am 11. Novbr. 1922 ist der sechshundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

ber Zustimmung, daß der größte Teil der kommunistischen Mitglieder mit Nein gestimmt hat und eine große Zahl deshalb gegen den Anschluß stimmte, weil noch eine Anzahl baugewerblicher Berufe, darunter besonders die Zimmerer, nicht mit in den neuen Bund gehen, nach Ansicht dieser Kollegen der Baugewerksbund also nicht das sei, was sie sich immer darunter vorgestellt haben.

Soweit wir sehen, haben bisher nur zwei kleine Verbände, die der Töpfer und der Glaser, den Anschluß an den Baugewerksbund vollzogen. Der stärkste Gegner des Anschlusses ist der Zimmererverband; er hält nach wie vor mit aller Entschiedenheit am Gedanken des Berufsverbandes fest. Auch der Polierbund hat sich bisher mit Erfolg gegen seine Einbeziehung in den Baugewerksbund gewehrt.

„Es gibt . . .“

Bei Besprechung des neuesten Lohnabkommens für die Bergarbeiter, das bekanntlich eine besondere Leistungsprämie vorsieht, leistet sich die „Germania“ (Nr. 571) folgende Sätze:

„Es gibt leider immer noch Arbeiterkreise, und unter diesen sind die Jugendlichen ganz besonders stark vertreten, die glauben, die Unternehmungen wären nur vorhanden, damit sie ein mehr oder minder sorgloses Dasein dahinleben können. Es gibt Arbeiter, die bei hohen Löhnen in der Woche eine Feierschicht einlegen, weil sie auch mit fünf Schichten ihren Lebensunterhalt bestreiten können.“

Die gute Wicht der „Germania“, nämlich die Steigerung der Produktion, in allen Ehren. Aber der Ton macht die Musik. Es gibt . . . ja was gibt es nicht alles! Verantwortungslose Menschen jedenfalls in allen Berufen, und wir behaupten, daß die größten Volksschädlinge nicht in der Arbeiterklasse sitzen, sondern an ganz anderer Stelle. Um es wiederholt zu sagen: eine Steigerung der Produktion tut uns dringend not. Aber die „Germania“ und mit ihr der größte Teil unserer Tagespresse, von der Unternehmerpresse ganz zu schweigen, mögen sich sagen lassen, daß mit ihren bisher geübten Methoden der Lösung dieses Problems nicht nur nicht gebient, sondern im Gegenteil ungeheuer geschadet wird. Man macht die Arbeiterklasse nicht fleißiger, indem man auf ihre Faulheit schimpft. Wenn das auch nur an Hund von Einzelerscheinungen geschieht, so kommt's, wenn auch unausgesprochen, doch stets auf den Schluß hinaus: „Seht, so sind sie.“ Die Wirkung ist eine gewaltige Verbitterung der Arbeiterklasse. In einer Zeit, in der die Arbeiterklasse nur ihre wachsende Not fühlt und mit der Möglichkeit gewaltiger Entladungen gerechnet werden muß, den berühmten Mann aufmarschieren zu lassen, der seinen Lebensunterhalt in fünf Tagen verdient, ist vollends der Gipfel des Unberstandes.

Wirtschaftliche Bewegung

Feuerungsz- und Schornsteinbauhandwerker

8. Festsetzung der Löhne

Gemäß B. B. 3 des Reichslohn- und Arbeitsstatistikvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1922 werden folgende Sätze festgesetzt:

1. Von der Lohnwoche, in welche der 2. November fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 144,33, für Süddeutschland auf 128,72 festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Löhne einsch. Gehaltsgeld wie folgt:

	Norddeutschland	Süddeutschland
Feuerungsmaurer . . .	155,80	141,60
Schornsteinmaurer . . .	180,45	160,90
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind . . .	176,10	157,05
Feuerungsbefehrer . . .	151,55	135,20
Schornsteinhelfer . . .	166,—	148,05
2. Die Reiseentschädigung wird vom 2. November 1922 wie folgt berechnet:		
Der feste Satz . . .	158,80	141,60
Kilometergeld . . .	6,70	6,12

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumaurerlohn einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derart sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5%, der Schornsteinmaurer stets 10% über dem Hochbaumaurerlohn erhält; Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbaumaurerlohn. Gehaltsgeld, Begegeld sind mit einbegriffen.

Bezirk Köln

Nach dem in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegebenen Schiedspruch betrogen die Stundenlöhne in Köln ab 27. Oktober:

für Maurer . . .	170,—
„ Zimmerer . . .	170,—
„ Zementarbeiter . . .	167,—
„ Bauhilfsarbeiter . . .	163,—
„ Tiefbauarbeiter . . .	163,—
„ Jugendliche bis 15 Jahre . . .	41,—
„ „ „ 16 „ . . .	65,—
„ „ „ 17 „ . . .	95,—
„ „ „ 18 „ . . .	129,—

Der Wochenlohn für Maurerpoliere beträgt 9810,—, für Zimmererpoliere 9830,—.

Verschlechterung Des Arbeitsmarktes im Oktober

Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten der Landesarbeitsämter an die Reichsarbeitsverwaltung hat sich im Laufe des Monats Oktober die schon seit einiger Zeit beobachtete schrittweise Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weiter fortgesetzt. Der Rückgang der zur Verfügung stehenden Stellen und die Steigerung der Anzahl der Arbeitsuchenden und Erwerbslosen verstärkten sich in demselben Maße, in dem sich auch die Meldungen von Betriebsbeschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen vermehrten. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise ließ dementsprechend wieder merklich nach. Die unerkennbaren Anzeichen einer Verschlechterung zeigt jetzt auch die Arbeitsmarktlage in der Provinz Westfalen, die bisher für fast alle Berufe und Berufsweige noch als verhältnismäßig günstig anzusehen war. Diefelbe Erscheinung trat in Oldenburg hervor, wo ebenfalls die Arbeitsmarktlage bisher noch nicht als ungünstig bezeichnet werden konnte. In Schleswig-Holstein machte sich im Gegensatz zu den Vorwochen und abweichend von den Berichten anderer Landesämter ein starkes Ansteigen der verbliebenen Arbeitsuchendenziffer bemerkbar. Allgernein entlastete jedoch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft noch immer den Arbeitsmarkt in hohem Grade, ebenso ermöglichte im Rheinlande die Vielgestaltigkeit der Industrie eine leichtere Umstellung der Arbeitskräfte, wodurch die einsetzende Arbeitslosigkeit noch in mäßigen Grenzen gehalten werden konnte. In den landwirtschaftlichen Provinzen des Ostens, besonders Ostpreußen und Pommern, kam dagegen die rückläufige Entwicklung noch nicht im gleichen Maße wie anderwärts zum Ausdruck; die stellenweise freigewordenen Arbeitskräfte konnten noch von der Landwirtschaft und vom Tiefbaugewerbe aufgenommen werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues hat sich bisher wenig geändert. Die Zahl der Beschäftigten hat sich durch Einstellung ungelernter Kräfte etwas gehoben. Der Bedarf an gelernten Bergleuten bleibt nach wie vor unbefriedigt. Das Angebot von ungelerten Arbeitskräften aus allen Teilen des Reiches hat sehr zugenommen. Die Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen in der Bauhilfsindustrie nahmen der Jahreszeit entsprechend weiterhin ihren Fortgang. Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie wird gekennzeichnet durch eine Zunahme der Betriebsbeschränkungen, Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen. Diese werden in erster Linie mit Auftragsmangel, in zweiter Linie mit den Schwierigkeiten der Rohstoff- und Rohstoffbeschaffung und den übrigen hemmenden Erscheinungen unserer wirtschaftlichen Notlage erklärt. Bei den bisher besonders aufnahmefähigen Werftbetrieben ist in Stettin und einigen Orten der Provinz Schleswig-Holstein bereits eine merkliche Verschlechterung eingetreten, während aus Kiel, Altona, Wilhelmshaven und anderen Plätzen noch über einen befriedigenden Beschäftigungsgrad berichtet wird. Nicht unerhebliche Arbeitsbeschränkungen fanden in der Metallindustrie Westfalens und des Rheinlandes statt. Gute Beschäftigungsmöglichkeiten bieten noch die optische Industrie, die Uhrenindustrie und die Maschinen- und Schreismaschinenfabriken. In der chemischen Industrie ist die Lage unverändert gut. Im Textilgewerbe zeigt sich bereits überall eine erhebliche Verschlechterung. Die Papierindustrie meldet ebenfalls zahlreiche Arbeitszeitverkürzungen. Stark verschlechtert hat sich die Lage der Lederindustrie und der Gummiwarenfabriken. Im Bekleidungs-gewerbe ist die Lage im allgemeinen noch befriedigend. Die Schuhindustrie steht jedoch im Zeichen sinkender Konjunktur.

Rus Dem Verbandsleben

Schäbige Kampfweise

Köln. In Nr. 42 des „Grundstein“ versucht der bekannte Christentöter E. unserer Organisation und ihren Vertretern ein auszuwischen. Kein Mittel ist ihm schlecht genug, wenn's gegen die verhassten Christen geht. Wie liegen nun die geschätzten Verhältnisse? Ein früheres Mitglied Kneib war bei der Produktivgenossenschaft „Baugewerkschaft“ beschäftigt und hier als Baubelegierter tätig. Innerlich mit sich selbst nicht einig, ging der betreffende Kollege, entgegen dem ausdrücklichen Beschluß der christlichen Gewerkschaften, dazu über, für die zweite Rathenaubendemonstration die Kollegen zur Arbeitsniederlegung zu zwingen und legte auch selbst die Arbeit nieder. Am nächsten Tage vom Geschäftsführer der Baugewerkschaft auf sein unolidarisches Verhalten aufmerksam gemacht, beschimpfte er denselben mit Lump usw. und wurde deshalb entlassen. Vom Verbands sei jede Unterstützung verweigert.“ Zunächst steht also unzweifelhaft fest, daß Kneib den Verbandsbeschlüssen zuwider gehandelt und dadurch es unmöglich gemacht hat, daß der Verband für ihn eintreten konnte. Was macht denn der Deutsche Bauarbeiterverband mit den Mitgliedern, welche den Verbandsbeschlüssen zuwiderhandeln? Oder ist die „Chemnitzer Richtung“ bzw. der Verband der „Ausgeschlossenen“ nur eine Einbildung? Wir wollen nicht in dieselbe nichtwürdige Schreibweise verfallen, sonst könnten wir mit reichlichem Material aus der Genossenschaft „Grundstein“ dienen, welches hieb- und Stichfertig ist, als der Fall mit der „Baugewerkschaft“ Kneib „Genosse“ E. es bleibt schon dabei: Wer gegen die Geise und den Geist des Verbandes arbeitet, schließt sich selber aus. Mit ehrlichen Mitteln hat „Genosse“ E. gegen unseren Verband noch gekämpft. Zum Geisse nur eins: Am 23. Mai 1922 behauptete „Genosse“ E. auf der Baustelle Fortuna bei den dort beschäftigten Zim-

merem der Firma Corinthenberg: „Die Christlichen seien die Urheber, daß die Regenstunden nicht bezahlt würden, weil sie den Reichstagsvertrag angenommen hätten.“ Beweis: Peter Embgen, Vertrauensmann vom „freien“ Zimmererverband, Bauhütte Fortuna. Diese Behauptung ist ein ganz dicker Schwundel. Wir empfehlen dem „Genossen“ E., sich einmal bei seinem Hauptvorstand nach dem wirklichen Gergang der Dinge zu erkundigen, der ihn leicht eines Besseren belehren kann. Oder er mag sich einmal bei seinem Genossen F. erkundigen, was das Hauptvorstandsmitglied Gde vom Zimmererverband während der Verhandlungen in Düsseldorf am 7. Oktober bezüglich des Verbandstages der Bauarbeiter über den Tarifvertrag ausführte. Dann dürfte E. kaum noch den Mut finden, solche Behauptungen in die Welt zu setzen.

Der christliche Bauarbeiterverband wird sich weiter durchsetzen, wenn auch zum Verbrüß des „Genossen“ E. Mit Phrasen, Spintstereotypen und Unwahrheiten macht man keine praktische Gewerkschaftsarbeit. Mindestens darf man sich dann nicht wundern, wenn man von ehrlich denkenden Kollegen von den Arbeitsstellen fortgejagt wird, wie es E. tatsächlich schon passierte. Unseren Kollegen aber mag die schäbste Kampfweise des „Genossen“ E. ein Ansporn sein, nun erst recht an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten.

Verurteilter Verleumder

Düsseldorf. Schon des öfteren haben wir festgestellt können, daß Mitglieder der freien Gewerkschaften glauben, durch Verleumdung unserer Angestellten unseren Verband herunterzuziehen zu können. So auch hier in Düsseldorf. Ein Maurer Hügelmeyer, als großer Christenhasser bekannt, hatte das Gerücht verbreitet, der Angestellte unseres Verbandes, Kollege Twichaus, habe mit dem D. S. B. Abmachungen und Vereinbarungen getroffen, nach denen er zu diesem überzutreten wolle, wenn ihm eine Beamtenstellung auf Lebenszeit zugesagt würde. Die von Twichaus hierauf angestrebte Privatklage endete mit der Verurteilung des Hügelmeyer zu einer Geldstrafe von 1000 M., Tragung sämtlicher Kosten einschließlich der persönlichen Auslagen des Privatklägers. In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß dem Angeklagten der Sachverhaltsbeweis für seine Behauptungen nicht nur völlig mißlungen sei, sondern die Beweisannahme einwandfrei ergeben habe, daß der Privatkläger sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen das Ansehen, zu dem D. S. B. überzutreten, gewehrt habe. Eigentümlicherweise machte der Deutsche Bauarbeiterverband diese rein private und schmutzige Angelegenheit zu seiner Sache, indem er dem Hügelmeyer Rechtschutz gewährte.

Bau-Rundschau

Das weitere Abbröckeln der Bautätigkeit

Die Berichte der „Bauwelt“ geben ein trübes Bild von dem trübenden Rückgang der Bautätigkeit. Die Zahl der Jungänge an Neubauten im Monat Oktober erreicht nicht einmal die Hälfte der Vergleichszeit im Vorjahre. Nach den laufenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes sind im Oktober nur 1618 Wohnungs- und 249 Fabrikbauten im Vergleich mit 3618 im Vorjahre bekannt geworden, gegenüber 4675 Neubauten im gleichen Monat des Vorjahres und 2909 Neubauten im September d. J.

Die allgemeine Auffassung über die nächste Zukunft des Baugewerbes schließt die „Bauwelt“ ebenfalls als sehr ungünstig. Man beurteilt die zu erwartende Entwicklung des Baugewerbes äußerst pessimistisch und sieht die Gefahren einer vollständigen Unterbindung jeder Bautätigkeit infolge der Preissteigerung der Baustoffe nicht schwarz. Da die Großindustrie in letzter Zeit zur Deckung ihres Kapitalbedarfes sich verschärfende Mittel bedienen mußte, die sie früher nicht anwandte, kann von einer Vereinfachung von Geldern zur Erweiterung industrieller Anlagen keine Rede mehr sein. Privatunternehmer, die bauen, gibt es im großen und ganzen kaum noch, und auch die Eiedlungsbauten werden immer weniger zahlreich.

Der „Bauwelt“ beurteilt allerdings die Situation günstiger, wobei jedoch zu beachten ist, daß es sich bei ihm um ein Interessentenblatt handelt, dem an einer möglichst optimistischen Betrachtungsweise gelegen ist. Er schreibt: „Die Nachfrage nach Baustoffen ist unter Berücksichtigung der Jahreszeit wieder gut zu nennen. Man laßt Baustoffe, weil für ein Billigerwerden keine Aussicht besteht, und die Bauherren immer mehr dazu übergehen, sich vor Beginn des Baubedarfs so weitgehend als möglich durch festen Kauf zu sichern oder gar auf den Vorplatz zu stellen, um kommenden Preissteigerungen nach Möglichkeit zu begegnen. So man auch hinfommt, ist die Zukunft vertretbar: Gebaut muß werden.“ Diese Botschaft ist für den deutschen Bauarbeiterleben um so dringlicher, je mehr der Beschäftigungsgrad anderer Gewerkschaften zurückgehen sollte. Es zeugt auch von Vertrauen zur Lage des Bauwesens, daß zur Kapitalbeschaffung bei Baustoffbetriebern und Baumunternehmern Bereitschaft vielfach festzustellen ist, auch seitens des Auslandes. — Wir glauben, die Ansichten des deutschen Bauwerkes leider nicht so günstig beurteilen zu können, wie es hier geschieht.

Die Preissteigerung der Forstbesitzer

Ueber die weitere beispiellose Verteuerung des Rohholzes berichtet der „Bauwelt“, also ein mindestens neutrales Blatt:

„In den letzten Tagen fanden mehrere Holzversteigerungen statt, die eine ganz gewaltige Preissteigerung brachten. So z. B. wurden in der Oberförsterei Esch-Schnebeck, nördlich von Berlin, für stärkeres Holz

Preise von 40- bis 45 000 M je Festmeter a 6 Wald bezahlt. In Mecklenburg wurden 30 000 M und darüber gezahlt. Selbst gewöhnliche Bauhölzer brachten 25- bis 28 000 M. Diese Preise übersteigen die augenblickliche Bewertung des Schnittholzes erheblich. Infolge der teuren Rundholzpreise sind die Preise für Schnittholz in den letzten Tagen ebenfalls gestiegen. Man bezahlte für Stammware guter Sortimente bis 60 000 M, Zopfbretter brachten etwa 40 000 M. Im allgemeinen sind die vorliegenden Offerten sehr gering. Es ist zwar Ware vorhanden, aber sie erreicht den offenen Markt nicht. Infolgedessen ist es auch dem Verbrauch zeitweise schwer, Schnittholz für sofortige Verarbeitung zu beschaffen. Am Bauholzmarkt ist das Geschäft störend. Einerseits fehlt es an Aufträgen für Neubauten und andererseits an dem Antriebe zur Vornahme spekulativer Einkäufe. In den letzten 14 Tagen ist es lauer und ruhiger geworden.“

Auf dem Holzmarkt gibt es nur ein Mittel, das eine Besserung herbeizuführen imstande ist, und das ist die Einrichtung des von uns geforderten Holzlieferungsverbandes, der den Forstbesitzern die Lieferung des für den Wohnungsbau benötigten Rundholzes zu einem normalen Preise auferlegt.

Die Zementpreise

wurden ab 1. November abermals erhöht, und zwar beträgt der Steigerungssatz 17 000 bis 22 000 M (für je 10 t) Demnach beträgt der Zementpreis:

- a) im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes 125 724 M
- b) im Gebiete des Rheinisch-westfälischen Zementverbandes 118 724 M
- c) im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes 129 724 M

Dazu kommen als Handelszuschläge: Bei Abgabe bis zu 50 Sack (je 50 kg Inhalt) nicht mehr als 30 v. H., bis zu 100 Sack nicht mehr als 20 v. H., bis zu 199 Sack nicht mehr als 10 v. H. Erzeuger- wie Handelspreise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Zur Belebung der Wohnungsbautätigkeit

wurden auf einer Tagung der Wohnungsbereine und Baugewerkschaften, die am 28. Oktober in Magdeburg stattfand, folgende Vorschläge beschlossen:

1. Ohne eine Neubautätigkeit, die mindestens den laufenden Bedarfszuwachs deckt muß die Wohnungsnot weiter an sich werten. Die planmäßige Ausnutzung des vorhandenen alten Wohnraumes kann diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Dämme des Mieterschutzes müssen zusammenbrechen.

2. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist eine ausreichende freie Bautätigkeit nicht denkbar. Das Schwergewicht der Bautätigkeit muß vielmehr auf den Schultern der öffentlichen Gewalten ruhen.

3. Als berufene Träger des Wohnungsbaues kommen neben den Gemeinden die bewährten Baugewerkschaften und als Mittler zwischen Staat und Bauherren die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften in Betracht.

4. Voraussetzung für die Fortführung des Wohnungsbaues ist die Sorge für Vereinfachung der Bauweise. Die öffentlichen Gewalten werden sich insofern ihrer anzunehmen haben als sie Vorratswirtschaft ermöglichen und auf eine vernünftige Preisgestaltung einwirken.

5. Der leitende Gedanke für die Finanzierung muß sein, daß die Wohnungswirtschaft als Ganzes sich selber trägt. Die für den Wohnungsbau vorerst noch unentbehrlichen Zuschüsse sind aus den vorhandenen Wohnungen durch eine entsprechende Abgabe zu schöpfen. Die Mittel durch Anleihen erhalten zu können, ist ein Wahn, der endlich aufgegeben werden sollte.

6. Die Wohnungsbaubehänge darf nicht wieder um Monate zu spät kommen. Sie darf nicht wieder im Augenblick der Bewilligung unzureichend sein und sie muß sich der voraussichtlichen Verteuerung anpassen können.

7. Ein zunehmender Anteil der Baukosten muß rentiert werden. Dies erfordert eine Steigerung der Gesamtmiets in den alten Wohnungen; nur dann ist eine ausreichende Deckung zur Deckung des rentierlichen Wertes bei den Neubauten möglich.

8. Die Arbeitgeber, öffentliche und private, Gewerbe und Landwirtschaft, sind gezwungen zu besonderen Beiträgen zu dem Wohnungsbau heranzuziehen.

9. Das Zuschußverfahren bedarf der Verbesserung. Die Güte müssen mehr als bisher auf die wirklichen Baukosten Rücksicht nehmen. Die Schreibmittel für 1923 müssen in allerhöchster Frist bereitgestellt. Alljährlich wiederholende schwierige Verhandlungen verzögern und verteuern das Bauen. Die Regelung der Zuschüsse muß im einzelnen freier und einfacher gestaltet, in Preußen mehr dezentralisiert werden. Es dürfen nicht wieder kostbare Monate verloren gehen.

Die ungeheure Zeit erfordert sofortiges Handeln.

Die Ziegler zur Baustoffwirtschaft

Eine am 15. Oktober in Berlin abgehaltene Konferenz des Gewerbetreibenden Ziegler (vereint mit dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter) nahm folgende Entschliessung an:

„Die Konferenz hält eine weitere Steigerung der Ziegelproduktion zur Linderung der Wohnungsnot, Bekämpfung schwindelhafter Erbschaftsbauweisen und zur Bewirtschaftung für dringend notwendig. Sie verlangt demnach entsprechend erhöhte Kostengewinnungen an die Ziegelindustrie und Verteilung der Ziegelvorräte aus öffentlichen Mitteln, soweit dies zur Fortführung der Betriebe notwendig ist. Die Kon-

ferenz bedauert die da und dort zutage tretenden Preisüberstimmungen von Ziegelherzeugnissen. Sie ersucht die Verbandsleitung, an den zuständigen Stellen für eine Preispolitik einzutreten, die die größtmöglichen Produktions- und Absatzmöglichkeiten enthält. Die Konferenz fordert ferner die Schaffung eines Selbstwirtschaftskörpers für die Baustoffindustrie unter Mitwirkung der Arbeitnehmer und Verbraucher.“

Ein neuer Zementersatz?

Nach Pressemitteilungen wurden seitens des deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen Versuche dahingehend angestellt, aus Braunkohlenasche einen Zementersatz zu schaffen. Ueber das Ergebnis dieser Versuche verlautet vorläufig noch nichts.

Briefkasten der Redaktion

Nach Groß-Nimsdorf. Der eingelangte Versammlungsbericht enthält lediglich die Wiedergabe eines Vortrags über die „Krisis im Baugewerbe“. Da dieses Thema wiederholt in der „Baugewerkschaft“ behandelt worden ist, mußten wir von einer Veröffentlichung absehen.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes

Erwerbslosenunterstützung

Angeichts der in den Wintermonaten bevorstehenden Erhöhung der Zahl der Anträge auf Erwerbslosenunterstützung ersuchen wir unsere Mitglieder, in ihrem eigenen Interesse den § 30 der Verbandsstatuten, vor allem die Ziffern 4 und 5, durchzusehen. Danach müssen Anträge auf Arbeitslosenunterstützung innerhalb zwei Wochen, vom Beginn der Arbeitslosigkeit an gerechnet, an den Hauptvorstand eingekandt werden. Anträge, die nicht in dieser Frist eingehen, werden unweigerlich zurückgewiesen. Das Gleiche gilt für Anträge auf Krankenunterstützung.

Die Mitglieder haben sich bei eintretenden Unterstühtungsfällen sofort beim Vorstande der Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe zu melden, und diese haben die Pflicht, die Mitgliedsausweise und sonstigen Papiere umgehend abzugeben, vorausgesetzt, daß die Berechtigung zum Bezug der Unterstützung gegeben ist.

Ersatzbücher

Betreffs der Ausstellung von Ersatzbüchern für verlorene oder unbrauchbar gewordene Bücher weisen wir darauf hin, daß solche nur vom Hauptvorstand ausgestellt werden (§ 17 der Verbandsstatuten).

Mit dem Antrage auf Ausstellung eines solchen Ersatzbuches ist neben 10 M für das Buch auch der jeweilige Beitrag des Briefportos als Rückporto einzufenden. Es geht in Zukunft nicht an, daß in solchen Fällen die Verbandskasse noch Geld für Rückporto darauflegen muß.

Der Hauptvorstand.

J. A.: Jos. Wiedeberg.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Gladbeck

Das Buch Nr. 19 354, lautend auf den Namen Heinz Dunkelberg, Buer, ist gestohlen worden. Sollte das Buch in irgend einer Verwaltungsstelle auftauchen, so wird gebeten, den Besitzer desselben sofort namhaft zu machen.

Der Verwaltungsstellenvorstand.

J. A.: Josef Einig.

Sterbetafel.

Am 7. September ist unser treuer Kollege Artur Wehmer, Maurer aus Schallodenbach, durch Unfall gestorben.

Verwaltungsstelle Kaiserslautern.

Am 22. Oktober starb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter Mathias Figmer aus Wincheringen nach zweitägiger Krankheit an Gehirnentzündung im Alter von nicht ganz 22 Jahren.

Ortsgruppe Wincheringen bei Erier.

Am 27. Oktober verschied nach längerem Leiden infolge eines Schlaganfalles der Mitbegründer und langjährige Kassierer unserer Verwaltungsstelle, Kollege H. Bröter im Alter von 71 Jahren.

Verwaltungsstelle Selgte.

Am 30. Oktober starb nach langem Krankenlager unser alter Kollege August Bömete an Rückenmarksliden.

Verwaltungsstelle Hannover.

Ehre Ihrem Andenken!